

Wenn die Schule anfängt, wird's eng

Kinderbetreuung. Ein Vergleich mit anderen EU-Staaten zeigt einerseits, dass Deutschland in Sachen Kinderbetreuung deutlich aufgeholt hat. Auf der anderen Seite wird aber auch klar, wo es noch hakt – vor allem beim Übergang vom Kindergarten in die Schule werden Betreuungsengpässe sichtbar.

Um die zuständigen Kommunen beim Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder zu unterstützen, haben sich Bund und Länder in den vergangenen Jahren mächtig ins Zeug gelegt. Schon auf dem Krippengipfel im Jahr 2007 wurden fast 2,2 Milliarden Euro als Investitions-

kostenzuschüsse zur Verfügung gestellt. Insgesamt sind bis 2014 rund 5,4 Milliarden Euro für zusätzliche Plätze in Kitas und in der Kindertagespflege sowie für deren Betrieb vorgesehen. Ab 2015 unterstützt der Bund den Betrieb der neuen Plätze mit jährlich 845 Millionen Euro.

Dieses Geld wird auch deshalb gebraucht, weil Kinder zwischen dem vollendeten ersten und dritten Lebensjahr seit August vergangenen Jahres einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben. Für Kinder über drei Jahre besteht bereits seit 1996 ein Anspruch auf einen Kindergartenplatz.

Trotz dieses Engagements kommen viele Kommunen dem Anspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige derzeit eher schlecht als recht nach:

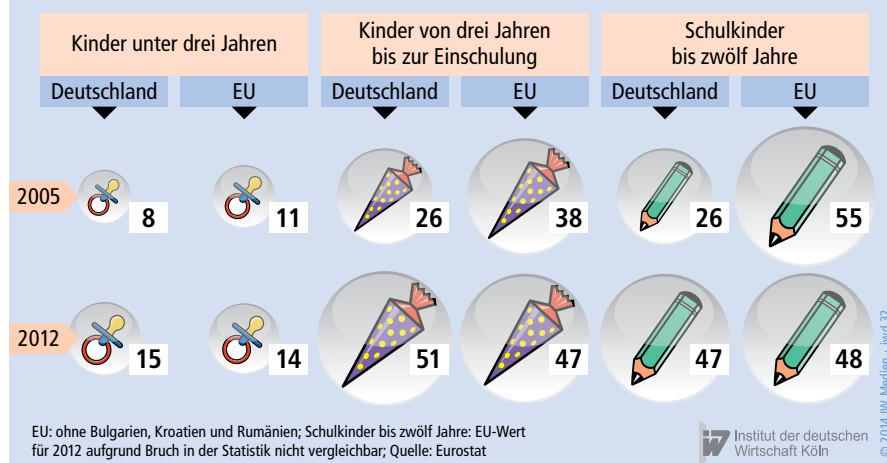
Im März 2014 hatten 662.000 aller Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz – auf dem Krippengipfel 2007 waren 750.000 Plätze anvisiert worden.

Es wird also wahrscheinlich noch eine ganze Weile dauern, bis alle jungen Eltern in Deutschland den gewünschten Betreuungsplatz für ihr Kind finden – wohnortnah, in der gewünschten Betreuungsform und mit dem richtigen pädagogischen Konzept.

Doch auch wenn noch nicht alles perfekt ist – auf jeden Fall hat →

Ganztagsbetreuung im Vergleich

So viel Prozent der Kinder wurden ganztags mehr als 30 Stunden pro Woche betreut



Inhalt

Arbeitnehmervertretung. Der Anteil der in den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer ist weiter gesunken. Seite 3

Tariflöhne. Lohnzurückhaltung erhöht nicht unbedingt das Deflationsrisiko – das zeigt ein Blick auf die letzten Jahre. Seite 4

Steuern. Wegen der kalten Progression steigt die Steuerbelastung der Einkommen – höchste Zeit, die Steuertarife zu korrigieren. Seite 5

Naturschutz. Bei der Umsetzung ihrer Biodiversitätsstrategie geht die EU einen allzu bequemen Weg. Seite 6

Ausbildung. In Großunternehmen finden viele Jugendliche mit einer Behinderung einen Ausbildungsplatz. Seite 7

Bürokratie. Die Kosten durch neue gesetzliche Auflagen sind im Jahr 2013 wieder gestiegen. Seite 8

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ sich die Betreuungssituation in Deutschland in den vergangenen Jahren spürbar verbessert. Dies zeigt ein EU-weiter Vergleich:

- **Unter dreijährige Kinder.** Von 2005 bis 2012 ist die Betreuungsquote dieser Altersgruppe in Deutschland von 16 auf 24 Prozent gestiegen. Da sich die Quote im Schnitt aller 25 Länder, die bereits 2005 EU-Mitglied waren, im gleichen Zeitraum lediglich um 2 Punkte auf 28 Prozent erhöht hat, konnte die Bundesrepublik ihren Abstand deutlich verringern.

Allerdings gibt es in der EU große regionale Unterschiede bei der Betreuung der Jüngsten. In den meisten osteuropäischen Ländern hatte 2012

nicht einmal jedes zehnte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz – in Nord- und Westeuropa reichen die Quoten oft von 20 bis 60 Prozent.

In Deutschland ist nicht nur die Zahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige in den vergangenen Jahren gestiegen. Auch der Betreuungsumfang ist stark ausgeweitet worden, obwohl es keinen Anspruch auf einen Ganztagsplatz gibt (Grafik Seite 1):

Im Jahr 2012 wurden 15 Prozent aller Kinder unter drei Jahren ganztags – also mehr als 30 Stunden in der Woche – betreut. Damit hat sich die Ganztagsbetreuungsquote seit 2005 fast verdoppelt und liegt erstmals über dem EU-Durchschnitt.

- **Kinder zwischen drei Jahren und Einschulung.** Auch diese Altersgruppe ist inzwischen besser umsorgt: Während 2005 erst jedes vierte Kindergartenkind in Deutschland mehr als 30 Stunden in der Woche betreut wurde, war es 2012 gut jedes zweite. Anders als bei den unter Dreijährigen gibt es in dieser Altersgruppe kein klares Gefälle zwischen Nord- und Westeuropa auf der einen sowie Süd- und Osteuropa auf der anderen Seite (Grafik).

- **Schulkinder bis zwölf Jahre.** Der Anteil der Kinder, die zwischen dem Schuleintritt und dem zwölften Lebensjahr mehr als 30 Stunden in der Woche betreut werden, ist in Deutschland seit 2005 um 21 Prozentpunkte auf 47 Prozent gestiegen.

Das klingt gut, ist aber etwas weniger als im EU-Durchschnitt. Zudem liegt die Quote seit 2009 unterhalb der Ganztagsquote bei den Kindergartenkindern.

Damit wird der Übergang vom Kindergarten in die Schule für erwerbstätige Eltern in Deutschland zunehmend zum Problem. Während in den meisten Fällen ein ausreichendes Betreuungsangebot zur Verfügung steht, solange der Nachwuchs den Kindergarten besucht, führen mangelnde Ganztagsbetreuungsangebote für Schulkinder dazu, dass manche Eltern ihre Arbeitszeit einschränken müssen.

Verstärkt wird dieses Problem dadurch, dass sich die Ganztagschulen in der Regel an pädagogischen Konzepten und nicht am Betreuungsbedarf der Eltern orientieren. So müssen Ganztagschulen nur dreimal in der Woche eine Betreuung von mindestens sieben Stunden anbieten. Selbst bei einer Teilzeitbeschäftigung der Eltern wird der Betreuungsbedarf somit kaum gedeckt.

Kinderbetreuung in der EU

So viel Prozent der Kinder wurden 2012 mehr als 30 Stunden pro Woche betreut

	Kinder unter drei Jahren	Kinder von drei Jahren bis zur Einschulung	Schulkinder bis zwölf Jahre
Dänemark	59	85	66
Deutschland	15	51	47
Estland	14	83	51
Finnland	22	57	14
Frankreich	23	50	56
Griechenland	15	39	63
Italien	11	70	83
Lettland	19	72	72
Litauen	5	68	29
Luxemburg	27	35	46
Niederlande	7	14	23
Österreich	7	23	48
Polen	5	26	49
Portugal	34	81	92
Schweden	35	69	99
Slowakei	4	59	46
Slowenien	36	81	70
Spanien	15	40	48
Ungarn	6	61	70

Comeback der Gewerkschaften?

Arbeitnehmervertretung. Die Gewerkschaften haben im vergangenen Jahr ihren Mitgliederbestand nahezu gehalten. Weil aber die Zahl der Arbeitnehmer in Deutschland weiter gewachsen ist, sinkt der Organisationsgrad nach wie vor.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) strotzt vor Selbstbewusstsein. Zum einen verweist er darauf, dass im Jahr 2013 jeden Tag im Durchschnitt fast 1.000 Menschen in eine der acht Mitglieds-gewerkschaften eingetreten sind. Zum anderen freut sich der Dachverband über eine wachsende politische Einflussnahme.

In Euphorie auszuberechnen wäre aber falsch, denn ganz ungetrübt ist das Bild des gewerkschaftlichen Comebacks nicht:

Mitgliederentwicklung

Im vergangenen Jahr konnten fünf der acht DGB-Gewerkschaften ein Mitgliederplus verzeichnen. Die IG Metall etwa legte um 0,1 Prozent auf jetzt 2,27 Millionen Organisierte zu, ver.di um 0,2 Prozent auf nunmehr 2,06 Millionen.

Insgesamt stabilisierte sich die Zahl der DGB-Mitglieder im Jahr 2013 bei 6,14 Millionen.

Netto-Organisationsgrad

Der sogenannte Netto-Organisationsgrad setzt die Zahl der beruflich aktiven Gewerkschaftsmitglieder in Relation zu allen Arbeitnehmern. Arbeitslose und Ruheständler werden also herausgerechnet.

Wenn man jedoch bedenkt, dass die Zahl der abhängig Beschäftigten allein seit 2009 um 4 Prozent gestiegen ist, dann sind die Gewerkschaften in der Arbeitnehmerschaft heute sogar weniger stark verankert als früher (Grafik):

- Zuletzt waren im Westen lediglich 20 Prozent aller Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft, im Osten beläuft sich der Netto-Organisationsgrad auf 17 Prozent (Kasten).
- In den 1980er Jahren besaß im Westen der Republik noch jeder dritte Arbeitnehmer einen Mitgliedsausweis, im Osten direkt nach der Wiedervereinigung sogar jeder zweite.

Die Gründe für die nachlassende Organisationsbereitschaft:

Strukturwandel. Die Industrie, Keimzelle der Gewerkschaften, schrumpfte lange Zeit. Die gleichzeitig entstandenen neuen Dienstleistungssektoren mit ihren kleinbetrieblichen Strukturen machen die Anwerbung von Gewerkschaftsmitgliedern sehr aufwendig. Zudem sind in der Industrie durch Outsourcing kleinere Betriebseinheiten entstanden, in denen die Mitarbeiter offenbar weniger Neigung zeigen, sich kollektiv zu organisieren.

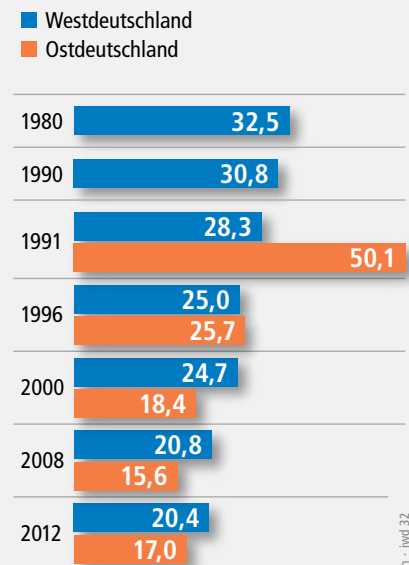
Individualisierung. Viele Mitarbeiter sind heute stark gefragte Spezialisten, die ihre Arbeitsbedingungen selbst aushandeln wollen und können oder sich Spartengewerkschaften anschließen.

Politischer Einfluss

Mit ihren Protesten gegen die Agenda 2010 schaden die Gewerkschaften nicht nur der SPD, mit der sie quasi historisch verbunden sind,

Gewerkschaften: Organisationsgrad sinkt

So viel Prozent aller Arbeitnehmer waren Mitglied einer Gewerkschaft



Ursprungsdaten: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw-d 32

sondern auch sich selbst. Aus dem politischen Abseits kamen sie erst wieder im Zuge der Wirtschaftskrise 2008/09, als Kanzlerin Angela Merkel Arbeitgeber, Gewerkschaften und Politik an einen Tisch holte, um ein gemeinsames Konzept zur Konjunkturbelebung zu erarbeiten.

Die Akteure wurden sich rasch einig. So wurde nicht allein der IG-Metall-Vorschlag einer Abwrackprämie für Autos aufgegriffen. Auch die Ausweitung des Kurzarbeitergelds und der Abbau der kalten Progression (vgl. Seite 5) standen auf der Agenda.

Damit war der Grundstein für die Rückkehr der Gewerkschaften in die politische Arena gelegt. Jüngste Erfolge wie die Rente mit 63 und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns bauen darauf auf.

Es ist gut so, wie es ist

Tariflöhne. Die Lohnpolitik seit Mitte der 1990er Jahre hat das deutsche Export- und Jobwunder erst ermöglicht. Die Bundesbank und die Europäische Zentralbank (EZB) plädieren gleichwohl für ein Ende der Lohnzurückhaltung – und beschwören damit eine Entwicklung wie Anfang der 1990er Jahre herauf, als Deutschland zum kranken Mann Europas wurde.

Gemäß der produktivitätsorientierten Lohnformel sollen die Löhne im Gleichklang mit der Produktivität steigen. Das sorgt dafür, dass die Lohnstückkosten konstant bleiben. Dieses Konzept ist in den 1960er Jahren entwickelt worden.

Legen die Löhne aber stärker zu als die Produktivität, dann steigt der Druck auf die Unternehmen, die höheren Kosten auf die Preise zu überwälzen – was die Nachfrage und den Umsatz schrumpfen lässt. Am Ende droht der Verlust von Arbeitsplätzen.

Ein Blick auf die Lohnentwicklung nach der Wiedervereinigung macht deutlich, was passiert, wenn die Tarifparteien den Bogen überspannen. Obwohl die Produktivität

damals nur um 1,4 bis 3,5 Prozent zulegen, stiegen die Löhne teils zweistellig – mit der Folge, dass auch die Zahl der Arbeitslosen mit zweistelligen Zuwachsraten anstieg.

Mitte der 1990er Jahre merkten auch die Gewerkschaften, dass es so nicht weitergehen konnte. Fortan wurden verstärkt betriebliche Bündnisse für Arbeit geschlossen, bei denen Lohnverzicht gegen Standort- und Beschäftigungsgarantien getauscht wurden.

Diese moderate Lohnpolitik zeichnete sich dadurch aus, dass die Löhne meist parallel zur Produktivität stiegen und die Lohnstückkosten recht stabil blieben. Das verbesserte die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft und half, Wertschöpfung am Standort D zu halten. Der kranke Mann gesundete.

Die Gewerkschaften nahmen damals bewusst in Kauf, dass die Lohnerhöhungen nicht immer die Teuerung ausgleichen konnten.

Gleichzeitig trug die produktivitätsorientierte Lohnpolitik dazu bei, die Preise in Schach zu halten. Dies wiederum erhöhte für die Zentralbank den Spielraum, die Zinsen

niedrig zu halten – und damit Investitionen anzuschieben.

Diese Wirkungskette wird derzeit infrage gestellt. Nun soll die Lohnpolitik als Instrument zur Deflationsbekämpfung herhalten: Die Löhne sollen so stark steigen wie die Summe aus dem Produktivitätsfortschritt und der Zielinflation der EZB in Höhe von 2 Prozent. Würde dagegen der bisherige Kurs beibehalten, nehme das Deflationsrisiko zu, sagen Bundesbank und EZB.

Der Blick zurück zeigt aber, dass dies nicht so sein muss. Denn in der Vergangenheit hat es wiederholt Phasen gegeben, in denen es beides zusammen gab: Inflationsraten von unter 2 Prozent und moderat steigende Löhne (Grafik). Nach keiner dieser Phasen kam es zur Deflation.

Handlungsbedarf besteht ohnehin nicht, denn zwischen Januar und Mai 2014 legten die Tariflöhne bereits um 3,3 Prozent zu. Und mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sind ab 2015 in vielen Dienstleistungsbereichen Preissteigerungen programmiert. Eine kleine Lohn-Preis-Spirale ist also schon in Gang gesetzt.

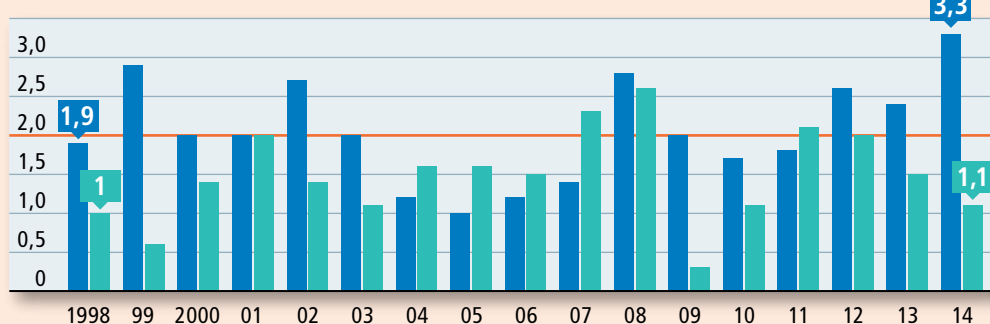
Tariflöhne und Preise

Zunahme gegenüber Vorjahr in Prozent

■ Tarifverdienste je Stunde

■ Verbraucherpreise

Bundesbank und EZB möchten die Inflationsrate durch höhere Löhne über die Zielmarke von 2 Prozent hieven, um das Deflationsrisiko zu senken. In der jüngeren Vergangenheit hat es indes wiederholt Phasen gegeben, in denen es moderat steigende Löhne und Inflationsraten von unter 2 Prozent gab. Nach keiner dieser Phasen kam es zur Deflation.



Am besten automatisch bremsen

Steuern. Im vergangenen Jahr sind die Einnahmen aus der Lohnsteuer wieder einmal schneller gestiegen als die Gehälter – eine Folge der kalten Progression. Es ist also höchste Zeit für eine Korrektur der Steuertarife.

Seit der Finanzkrise läuft es prächtig auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Die Zahl der Beschäftigten steigt auf immer neue Rekordhöhen und die Löhne entwickeln sich insgesamt positiv. Folglich erreichen auch die Einnahmen aus der Lohnsteuer neue Höchstwerte: Im Jahr 2013 kassierte der Fiskus 187 Milliarden Euro, rund 30 Milliarden mehr als drei Jahre davor.

Allerdings sind die Steuereinnahmen sehr viel schneller gestiegen als die Summe aller Löhne und Gehälter (Grafik):

Der Anteil der Lohnsteuer am Bruttolohn betrug im Jahr 2013 stolze 16,1 Prozent – 2010 waren es lediglich 15,2 Prozent.

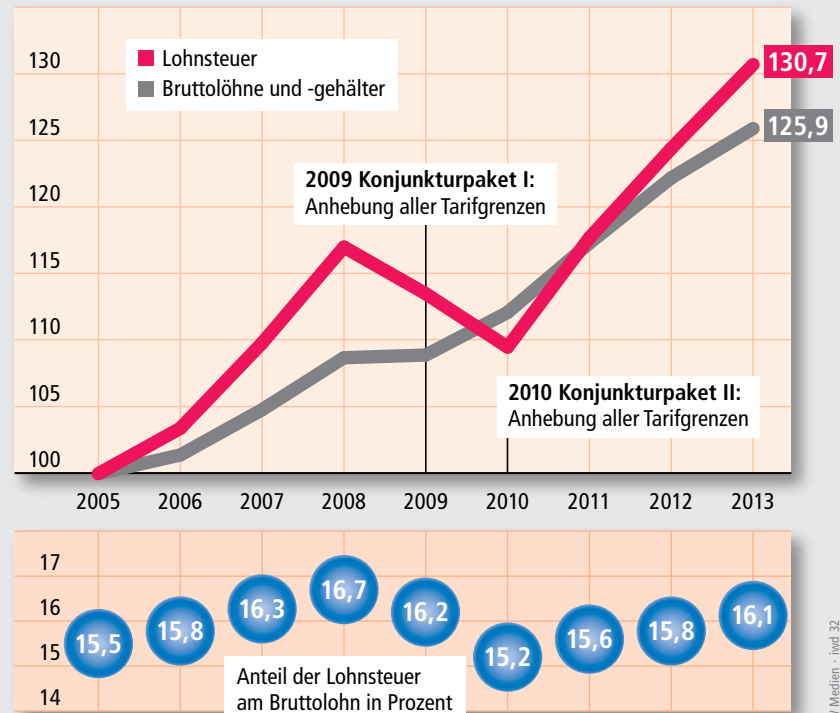
Für diese Entwicklung ist die Tarifprogression verantwortlich. Sie sorgt dafür, dass mit steigendem Einkommen anteilig auch mehr

Kalte Progression

Wenn die Löhne steigen, führt das bei einem linear progressiven Einkommenssteuertarif zu einer höheren Steuerbelastung. Gleicht eine Lohnerhöhung gerade die Inflation aus, geht so trotzdem ein höherer Anteil des Einkommens an den Fiskus. Da aber die Preise gestiegen sind, kann sich der Steuerpflichtige mit seinem Nettoeinkommen weniger leisten als vorher. Diesen Effekt nennt man kalte Progression.

Steuerbelastung wieder gestiegen

2005 = 100



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 32

Steuern fällig werden. Das ist so gewollt, weil die Leistungsfähigeren in einer Gesellschaft mehr zur Finanzierung des Staates beitragen können als Geringverdiener.

Wenn ein Teil der Lohnerhöhung – wie zuletzt geschehen – aber nur die Preissteigerungen ausgleicht und man trotzdem einen höheren Steuersatz zahlen muss, spricht man von kalter Progression (Kasten).

Um diesem Mechanismus entgegenzuwirken, passt die Bundesregierung von Zeit zu Zeit den Steuertarif an die gestiegenen Preise an. Zuletzt ist dies in den Jahren 2009 und 2010 im Rahmen der Konjunkturpakete zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise geschehen. Damals sank die Steuerbelastung für alle Einkommenssteuerpflichtigen in zwei Schritten.

Anschließend schlug jedoch die kalte Progression wieder zu.

Wie aber lässt sich das Problem der kalten Progression lösen, ohne dass die Regierung jedes Mal wieder eingreifen muss? Ganz einfach:

Der Tarif der Einkommenssteuer müsste automatisch der Preisentwicklung folgen. Dies sollte gesetzlich festgeschrieben werden.

Ausnahmen dürfen nur noch in ganz besonderen Notlagen erlaubt sein.

Der Zeitpunkt für eine solche Reform ist derzeit denkbar günstig. Denn die Inflationsrate ist nicht besonders hoch. Die Einnahmeausfälle für den Fiskus blieben deshalb überschaubar – in diesem Jahr würden sie aller Voraussicht nach nur etwa 1,2 Milliarden Euro betragen.

Die EU auf dem Holzweg

Naturschutz. Mit ihrer Biodiversitätsstrategie möchte die Europäische Union in den kommenden Jahrzehnten große Flächen renaturieren und so die Artenvielfalt erhalten. Doch bei der Umsetzung der Pläne macht es sich Brüssel allzu einfach.

Damit die kommenden Generationen genug frisches Wasser und saubere Luft haben, will die EU den Zustand der Ökosysteme in Europa verbessern. Zu den wichtigsten Maßnahmen dieser Biodiversitätsstrategie gehört eine veränderte Flächennutzung – mit der Absicht, der Natur wieder mehr Raum zu geben und die Artenvielfalt zu erhöhen (Grafik):

Der Anteil an Siedlungs-, Verkehrs- und Gewerbeflächen sowie an intensiv genutztem Agrarland soll in der EU von heute 25 Prozent bis 2050 auf 15 Prozent verringert werden.

Damit verfolgt die Europäische Kommission zwar hehre Ziele, doch die Strategie ist alles andere als durchdacht. Das Problem beginnt

schon damit, dass – wie das Europäische Parlament bereits beklagt hat – die Biodiversitätsstrategie bislang nicht mit der Agrar- und Fischereipolitik der EU verzahnt worden ist.

Ein Eingriff in diese Politikbereiche ist jedoch unvermeidlich, wenn die Flächennutzung geändert werden soll – denn unterm Strich wird die Siedlungsfläche in der EU eher weiter wachsen müssen. Zwar lassen sich in Deutschland und anderen Ländern mit schrumpfender Bevölkerung manche bebaute Flächen renaturieren, etwa durch die Aufgabe einiger Dörfer. Aber es gibt auch das Gegenteil:

In Frankreich und Großbritannien ist der Rückbau von Siedlungsflächen nicht möglich, denn in beiden Ländern wird die Bevölkerung bis 2050 noch um jeweils rund 10 Millionen Menschen wachsen.

Und auch bei den Gewerbeflächen ist vorerst wohl nicht viel zu holen – schließlich hat die EU erst vor kurzem verkündet, dass die eu-

ropäische Wirtschaft wieder stärker auf den Industriesektor setzen soll (vgl. iwd 6/2014).

Folglich müsste die EU die politischen Weichen dafür stellen, dass landwirtschaftliche Flächen weniger intensiv genutzt oder sogar aufgegeben werden. Dies hätte allerdings zur Folge, dass mehr Agrarprodukte importiert werden müssten – und der landwirtschaftliche Flächenverbrauch außerhalb der EU zunähme.

Das Thema ist also heikel, weshalb es bereits auf die Zeit nach 2020 verschoben wurde. Stattdessen will Brüssel seinen Zurück-zur-Natur-Kurs zunächst den privaten Forstbesitzern aufzwingen – diese sollen künftig biologisch wirtschaften.

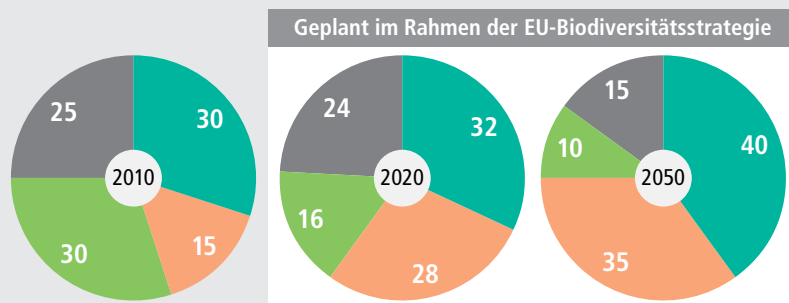
Dabei verabschieden sich die privaten Forsteigentümer, denen in der EU 60 Prozent der Wälder gehören, schon seit längerem von Nadelwald-Monokulturen – etwa weil Stürme wie „Kyrill“ und Schädlinge wie der Borkenkäfer Nadelwäldern stärker zusetzen als Laub- und Mischwäldern. Doch ein vollständiges Umsteuern ist schon aufgrund der Bodenbeschaffenheit nicht überall möglich. Zudem rechnet es sich erst auf sehr lange Sicht, da beispielsweise Buchen 100 bis 140 Jahre wachsen müssen, bevor sie wirtschaftlich verwertet werden können.

Und schließlich hätten vor allem kleine Forstunternehmen mit dem bürokratischen Aufwand bei der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie zu kämpfen. Statt die private Forstwirtschaft einzuschränken, sollten die EU-Länder daher vornehmlich in ihren staatlichen Wäldern für mehr Artenvielfalt sorgen.

EU will zurück zur Natur

So viel Prozent der EU-Fläche gehören zu diesen Gebietstypen

- I: Wildnis, Natura 2000
- II: Natura-2000-Flächen nicht in gutem Zustand, Agrarflächen in geschützter Extensivnutzung
- III: Agrar- und Forstflächen ohne Intensivnutzung
- IV: Stadtgebiet, Verkehrsflächen, Intensivlandwirtschaft



Natura 2000: Flora- und Fauna-Habitats nach entsprechender EU-Richtlinie und Vogelschutzgebiete; Extensivnutzung: Nutzung von Böden mit geringem Eingriff in den Naturhaushalt
Quelle: Europäische Kommission

Erfolgreiche Inklusion

Ausbildung. Betriebe, die Lehrlinge mit einer Behinderung ausbilden, machen überwiegend positive Erfahrungen. Dennoch finden längst nicht alle Jugendlichen mit Handicap einen regulären Ausbildungsplatz.

Jedes Jahr verlassen rund 50.000 Jugendliche mit einer Behinderung die allgemeinbildenden Schulen. Nicht alle von ihnen schaffen direkt den Sprung in eine betriebliche Ausbildung oder ein Studium: Knapp 16.500 absolvieren erst einmal eine berufsvorbereitende Maßnahme wie das Berufsvorbereitungsjahr. Weitere 10.000 machen eine außerbetriebliche Ausbildung in sogenannten Fachpraktikerberufen – diese legen nicht so viel Wert auf theoretische Ausbildungsinhalte und eignen sich deshalb besonders für Menschen mit Lernschwierigkeiten.

Diese Wege können auch in eine betriebliche Ausbildung münden. Immerhin hat fast ein Viertel aller ausbildenden Unternehmen in den vergangenen fünf Jahren Menschen mit Behinderung ausgebildet – von den großen Firmen mit mindestens 500 Beschäftigten waren es sogar mehr als 85 Prozent.

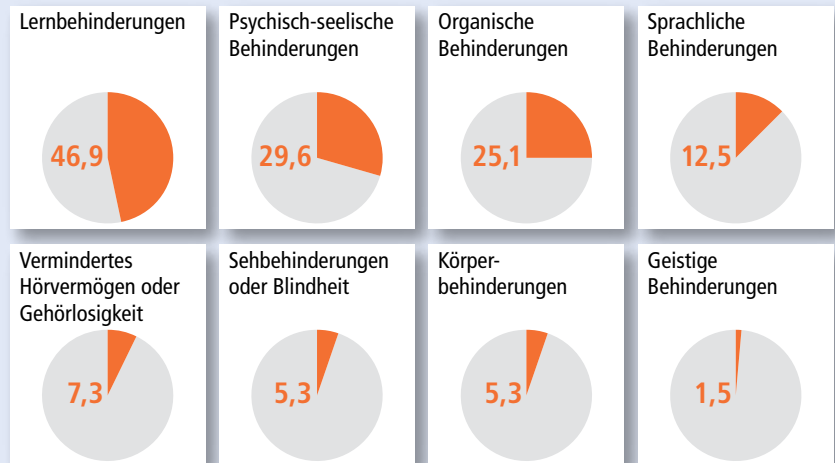
Die Auszubildenden bringen ganz unterschiedliche Handicaps mit (Grafik):

Fast jedes zweite Unternehmen, das in den vergangenen fünf Jahren Jugendliche mit Behinderung ausgebildet hat, gab Jugendlichen mit einer Lernbehinderung einen Vertrag.

Knapp 30 Prozent der Betriebe hatten Jugendliche mit einer seelischen Behinderung, zum Beispiel einer Depression, unter ihren Fit-

Lehrlinge mit Handicaps

Rund ein Viertel aller ausbildenden Unternehmen in Deutschland hat in den vergangenen fünf Jahren Jugendliche mit Behinderungen ausgebildet. So viel Prozent dieser Unternehmen hatten Auszubildende mit folgenden Handicaps



Befragung von 152 Unternehmen im Jahr 2013
Quelle: Bertelsmann Stiftung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2014 IW Medien - iwrd 32

tischen, und rund ein Viertel Jugendliche mit einer organischen Behinderung, zum Beispiel Diabetes.

Die Gründe, warum Unternehmen Jugendliche mit Behinderung als Auszubildende einstellen, sind vielfältig. Zum einen engagieren sich fast 90 Prozent der Firmen aufgrund ihrer sozialen Verantwortung; und für fast genauso viele steht fest, dass für sie alle Jugendlichen gleichermaßen als Auszubildende infrage kommen. Zum anderen spielen aber auch leistungsorientierte Gründe eine wichtige Rolle.

Fast zwei Drittel der ausbildenden Unternehmen geben an, dass Menschen mit Behinderungen eine besonders hohe Arbeitsmotivation haben.

Bedenken gibt es eher bei den Firmen, die in den vergangenen fünf Jahren keine Menschen mit Behinderung ausgebildet haben. Fast zwei Drittel von ihnen glauben, dass die Anforderungen des Berufs für Behinderte zu hoch seien; jeweils ein

Drittel hat Bedenken wegen der schwierigen Prüfungen oder der Berufsschule.

Zwar sind diese Bedenken im Einzelfall gerechtfertigt. Doch fast immer gibt es auch eine Lösung: Dem unterschiedlichen Lerntempo dieser Jugendlichen kann man zum Beispiel dadurch gerecht werden, dass die Ausbildung flexibilisiert und in Module aufgeteilt wird. So lässt sich eine zweijährige Ausbildung auf drei Jahre strecken, um mehr Zeit für individuelle Nachhilfe zu haben.

Und die Ausbildungsinhalte selbst lassen sich je nach Bundesland und Ausbildungsberuf in einzelne Abschnitte zusammenfassen, die jeweils mit einem eigenen Zertifikat abgeschlossen werden können.

Mehr Informationen über Ausbildungsformen, rechtliche Regelungen und Fördermöglichkeiten finden Sie unter rehadat-bildung.de in der Rubrik Arbeitgeber.

Wieder mehr Papierkrieg

Bürokratie. Die durch Bürokratie und Gesetzesänderungen verursachten Kosten zu verringern – das hat sich auch die Bundesregierung auf die Fahnen geschrieben. Allerdings sind die Kosten durch neue gesetzliche Auflagen im Jahr 2013 wieder gestiegen – vor allem für die Wirtschaft.

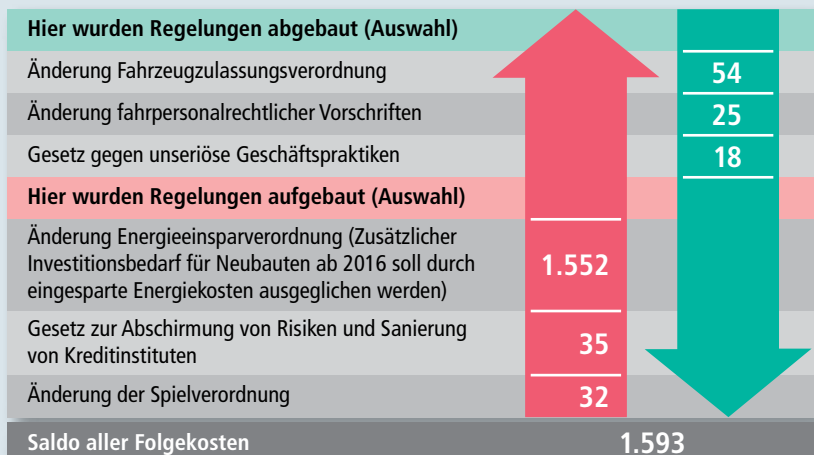
Schon das Wort klingt nach Bürokratie pur: Mit dem sogenannten Erfüllungsaufwand werden die Zeit und die Kosten gemessen, die Unternehmen, Bürger und Verwaltungseinrichtungen aufbringen müssen, um bundesrechtliche Vorschriften zu erfüllen.

Die gute Nachricht: In vielen Bereichen hat es bereits Vereinfachungen gegeben, sodass die Bürokratiekosten von 2006 – damals wurde das „Gesetz zur Einrichtung eines Nationalen Normenkontrollrats“ verabschiedet – bis 2012 um insgesamt 25 Prozent abgebaut werden konnten.

Adressaufkleber

Kosten für die Wirtschaft

Folgekosten aller Gesetze und Verordnungen (Erfüllungsaufwand) für die Wirtschaft im Jahr 2013, in Millionen Euro



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 32

Die schlechte Nachricht: Zuletzt sind Zeit- und Kostenaufwand wieder gestiegen (Grafik):

Der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft nahm im Jahr 2013 per saldo um fast 1,6 Milliarden Euro zu.

Verantwortlich dafür ist eine Vielzahl sogenannter Regelungsvorhaben, also geplanter oder bereits realisierter Gesetze und Vorschriften. Dazu zählte 2013 vor allem die Neuaufgabe der Energieeinsparverordnung, mit der die Energieeffizienzstandards für neue Gebäude angehoben worden sind, sodass ab 2016 ein erhöhter Investitionsaufwand entsteht. Auch für die Bürger bringt die Verordnung zusätzliche Kosten von rund 480 Millionen Euro.

Rund 35 Millionen Euro teuer sind die Folgekosten des Trennbankengesetzes – sie entstehen der Wirtschaft zum Beispiel durch erhöhte Meldepflichten.

Es geht aber auch anders, wie das Beispiel der Fahrzeugzulassungsverordnung zeigt: Weil Fahrzeuge inzwischen auch online abgemeldet werden können, sparen allein die Unternehmen rund 54 Millionen Euro. Diese Änderung entlastet ebenso die Bürger – um 12 Millionen Euro pro Jahr. Da Fahrzeughalter außerdem bei einem Umzug nicht mehr zwingend ein neues Kennzeichen beantragen müssen, sparen die Bürger auch noch ungefähr 2,1 Millionen Stunden pro Jahr.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.